

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT IN WIEN

AKTENZEICHEN

P.B.

WIEN, I., SEILERSTÄTTE 3

Anfang September 1930.

V e r t r a u l i c h !

*In circulation**12.9.30*

Herr Bundesrat,

*Zurück am
15.9.30*

Obwohl mir bekannt ist, dass der österreichische Bundeskanzler Schober dieser Tage dem Schweizerischen Bundesrat seine Aufwartung machen wird und Sie bei diesem Anlass Gelegenheit haben werden, sich an erster Quelle über diejenigen Fragen, die das politische Leben der Oesterreichischen Republik gegenwärtig beherrschen, direkt zu orientieren, möchte ich doch nicht unterlassen, Ihnen über einige Aspekte der österreichischen Politik Bericht zu erstatten, hinsichtlich welcher ich annehmen darf, dass sich die offiziellen Regierungsvertreter in ihren Gesprächen Zurückhaltung auferlegen werden.

In der zweiten Hälfte August ist im Prager Tagblatt ein Artikel aus der Feder des Wiener Publizisten Otto Deutsch erschienen, der unter dem Titel "Erkaltung Wien - Berlin" eine gewisse Abkühlung der Gefühle zwischen dem Reich und der Oesterreichischen Republik feststellen zu müssen glaubte. Der Verfasser des Artikels konnte zur Be-

./.

Herrn Bundesrat M o t t a ,
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements,

B e r n .



gründung seines Standpunktes auf verschiedene Vorfälle hinweisen, die sich in jüngster Zeit zugetragen haben und in der Tat die österreichisch-deutschen Beziehungen in einem nicht besonders warmen Lichte erscheinen lassen. Da ist einmal die Tatsache, dass der nach jahrelangen Bemühungen im März d.J. zur Unterzeichnung gelangte österreichisch-deutsche Handelsvertrag noch nicht in Kraft gesetzt worden ist. Sodann soll die österreichische Regierung, wie Deutsch zu berichten weiss, es abgelehnt haben, die beiden grossen, deutschen Elektrifikationsprojekte in Oesterreich, das Tauern-Kraftwerk und die West-Tiroler-Wasserkräfte, an die deutschen Proponenten, A.E.G., bzw. Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerke, zu vergeben, vielmehr solle in beiden Fällen, trotz Protest der Deutschen, die Vorkonzession an österreichische Gruppen erteilt werden. Ein infolge der deutschen Exportprämien möglich gewordenenes Massenangebot deutscher Schweine auf den Wiener Märkten habe ein ruckartiges Fallen der Preise zur Folge gehabt und die österreichische Schweinezucht in Bedrängnis gebracht; ein österreichischer Versuch, die deutsche Regierung dazu zu bewegen, von einer weiteren Unterstützung dieses Exportes abzusehen, sei wirkungslos geblieben. Dazu komme, dass der schärfste Konkurrenzkampf zwischen der deutschen und österreichischen Industrie eingesetzt habe und dass die privaten Verhandlungen, die zwischen den beteiligten Wirtschaftsverbänden vor mehreren Jahren eingeleitet wurden, vollständig unterbrochen worden seien. Deutsch schliesst seinen Artikel mit der Feststellung, dass gegenwärtig in Oesterreich vom Anschluss überhaupt nicht mehr gesprochen werde und dass man es nicht einmal für der Mühe wert

erachte, industriell, agrarpolitisch, zollpolitisch eine Annäherung zu suchen, sondern sich dem Werben anderer Nachbarstaaten, namentlich Ungarns, zugänglich zeige. Die Abkehr der österreichischen Wirtschaft von Deutschland sei eine Tatsache geworden; das österreichische Anlehnungsbedürfnis werde sich nach anderen Richtungen hin entwickeln, vor allem in der Richtung einer italienisch-ungarischen Kombination.

Der Umstand, dass die Ausführungen des Herrn Deutsch über die Anschlussfrage in einer tschechischen Zeitung zur Veröffentlichung gelangt sind, erscheint allerdings geeignet, den Artikel mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen. Dennoch kann ich meinerseits bemerken, dass der Anschluss tatsächlich noch nie so wenig aktuell erschienen ist, wie heute. Den von Herrn Deutsch angeführten Vorkommnissen wären eine Reihe aussergewöhnlich heftiger Presseartikel hinzuzuzählen, wie sie in namhaften deutschen Zeitungen, unter anderem im Berliner Tageblatt, anlässlich der Emission der jüngsten österreichischen Bundesanleihe erschienen sind und durch den Hinweis auf die schwere Schädigung der Obligationäre früherer, österreichischer Anleihen der Placierung der Emission von 1930 Schwierigkeiten zu bereiten suchten. Wenn aber auch kaum bestritten werden kann, dass namentlich diese letzteren Zeitungsstimmen in Oesterreich böses Blut gemacht haben, so dürfte doch ein anderer Umstand für die Beurteilung der Anschlussfrage in noch erheblicherem Masse ins Gewicht fallen. Es ist dies die Tatsache, dass Oesterreich durch das Haager-Abkommen vom 20. Januar 1930 jeglicher Verpflichtung zur Zahlung von Reparationen entoben wurde. Im Falle des Anschlusses an das Reich liesse sich jedoch eine Nichteinbezie-

hung Oesterreichs in die durch den Youngplan vorgesehenen, deutschen Reparationsverpflichtungen wohl nur schwer durchführen. Aus diesem Grunde wird hier in unterrichteten Kreisen angenommen, dass die Anschlussfrage jedenfalls für einige zwanzig Jahre kaum aktuell werden dürfte.

In diesem Zusammenhang sei mir gestattet, darauf hinzuweisen, dass dem Kabinett Schober von seiten des Deutschen Reiches nicht das Vertrauen entgegengebracht zu werden scheint, das der Kanzler verdient. Auch ist es ein offenes Geheimnis, dass die Beziehungen der hiesigen Deutschen Gesandtschaft zum Bundeskanzler als wenig herzlich zu charakterisieren sind. Wie ich hier zu wiederholten Malen habe vernennen können, hat der Besuch des Kanzlers in Rom und der Abschluss des österreichisch-italienischen Freundschaftsvertrages im Reich nicht das richtige Verständnis gefunden. Ferner wird die Haltung kritisiert, die Schober den Heimwehren gegenüber eingenommen hat und die als schwächlich gekennzeichnet wird, während es dem Kanzler bekanntlich vor allem darum zu tun war, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu halten.

Anlässlich seiner bevorstehenden Abreise nach Genf hat der Bundeskanzler einem Vertreter der Neuen Freien Presse ein Interview erteilt, das der Vollständigkeit halber hier erwähnt sei, obwohl es die vorstehenden Ausführungen kaum wesentlich zu entkräften vermag. Schober prägte unter anderem mit Beziehung auf die Stellung der österreichischen Regierung zur kommenden Europakonferenz die Formel: " Keine Kombination von der Deutschland ausgeschlossen ist - jede Kombination in der Deutschland enthalten ist " . Er fügte hinzu, dass Oesterreich gerade jetzt, wo bei der Warschauer

Konferenz die Staaten des Ostens sich zusammentäten, seine natürliche Interessensolidarität suchen müsse. - Es muss auffallen, dass in dieser Wendung Deutschland nur erwähnt wird für den immerhin noch nicht sehr wahrscheinlichen Fall eines Zustandekommens der von Briand geplanten Europäischen Union.

Demgegenüber hat hier die erfolgte Veröffentlichung der Telegramme erhebliches Aufsehen erregt, die dieser Tage vom italienischen Gesandten Auriti an Bundeskanzler Schober und vom Landeshauptmann der Steiermark, Rintelen, an Mussolini anlässlich einer Besichtigung der Steweagwerke (Steiermärkische-Elektrizitätswerke-Aktiengesellschaft) in Steiermark gerichtet worden sind. Die beiden Depeschen haben folgenden Wortlaut:

Telegramm des Gesandten Auriti an Bundeskanzler Dr. Schober:

" Ich habe heute mit grossem Vergnügen in Gesellschaft des Landeshauptmannes von Steiermark die bedeutenden Steweagwerke besichtigt, die eine sichtbare Probe der ausgezeichneten Ergebnisse österreichisch-italienischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit sind. In diesen Ergebnissen sehe ich die günstigsten Vorzeichen für jene künftige Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern, deren beste Voraussetzung in dem jüngst abgeschlossenen italienisch-österreichischen Vertrag liegt. "

Telegramm des Landeshauptmanns Rintelen an den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini:

" Ich bewundere heute mit Ihrem Vertreter in Oesterreich Auriti die grossen Wasserkraftbauten, die von der Steweag mit italienisch-österreichischem Kapital und in technischer Zusammenarbeit durchgeführt wurden. Ich hatte Gelegenheit, festzustellen, wie das schon länger bestehende Interesse Ihres Landes an der wirtschaftlichen Entwicklung Oesterreichs in das Stadium der Verwirklichung getreten ist. In der Hoffnung zukünftiger Ergebnisse der österreichisch-italienischen Zusammenarbeit bitte ich Eure Excellenz, meinen Gruss und Dank sowie den der steirischen Bevölkerung entgegennehmen zu wollen. "

Sprung verhaslich; nicht nur Niedergabe geeignet!

In diesem Zusammenhang sehe ich mich veranlasst, Ihre Aufmerksamkeit auf eine Bewegung hinzulenken, deren Mittelpunkt Wien zu sein scheint und über deren Vorhandensein bisher durch die Presse nur wenig bekanntgeworden ist. Ich stütze mich dabei auf Informationsmaterial, das der vorzüglich unterrichtete Wiener Korrespondent einer namhaften schweizerischen Zeitung⁺ gemeinsam mit einem holländischen Journalisten sammeln konnte. Der erstere hat mich ermächtigt, Ihnen darüber vertraulich zu berichten mit dem Bemerkung, dass er aus naheliegenden Gründen nicht in der Lage sei, seine Beobachtungen heute schon publizistisch zu verwerten. Er möchte sie indessen der schweizerischen Regierung nicht vorenthalten, zumal der erwähnte, holländische Journalist beabsichtigen soll, noch im Laufe dieses Jahres die Angelegenheit in einem holländischen Blatt zur Sprache zu bringen. Wenn ich Ihnen daher von Nachstehendem Kenntnis gebe, geschieht es im Hinblick auf das zweifellos bestehende, schweizerische Interesse, jedoch in der Meinung, dass es mir nicht möglich ist, die Richtigkeit der Information nachzuprüfen und dafür einzustehen. Indessen bin ich von der Zuverlässigkeit meines Gewährsmannes überzeugt.

In Wien machen sich seit einiger Zeit Bestrebungen geltend, die, so unwahrscheinlich ihre Verwirklichung heute auch scheinen mag, auf eine Revision der bestehenden Grenzen gerichtet sind. Diese Bestrebungen werden von Italien gefördert, wobei Ungarn im Vordergrund steht. Von besonderem Interesse ist es nun, dass drei ihrem Wesen nach durchaus verschiedene Gruppen dieses selbe Ziel zu verfolgen scheinen.

./.

⁺ Nähere Quellenangabe auf Beilage 2.

Zunächst handelt es sich um die " Irredenta " im Staatengebiet der kleinen Entente, den Kroaten, Slowaken und Macedoniern, deren Emissäre in Wien eigene Büros unterhalten und eine gesteigerte Aktivität zu entwickeln scheinen. Ihre Wünsche decken sich in dem Punkt, auf den es hier ankommt, mit gewissen Agitationen der katholischen Auslandsaktion, die darauf hinauslaufen, einen Ersatz für die durch den Zerfall der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie erlittene Macht- einbusse der katholischen Kirche zu schaffen. Die von diesen beiden, verschiedenen Seiten ausgehenden Bestrebungen machen sich anscheinend die Monarchisten in Oesterreich und Ungarn zunutze, die darin ihr Ziel, eine Restauration des Hauses Habsburg, zunächst in Ungarn herbeizuführen, wesentlich gefördert sehen. Gewisse Erscheinungen, von denen unten noch näher die Rede sein soll, lassen sich nicht wohl anders erklären, als dass Italien, im Einvernehmen mit Ungarn, die " Irredenta " in den Staaten der kleinen Entente, namentlich der Tschechoslowakei und Jugoslawien unterstützt, wobei geradezu an eine Föderation zwischen der Slowakei, Ungarn, Oesterreich und Kroatien unter italienischer Oberhoheit gedacht zu sein scheint.* Einer Wiedereinsetzung des Hauses Habsburg in Ungarn müsste unter solchen Umständen eine ganz besondere Bedeutung zukommen.

Es würde somit auch hier letzten Endes der italienisch-französische Interessengegensatz in Erscheinung treten, wenn, wie es den Anschein hat, Italien die Loslösung von Gebieten Jugoslawiens und der Tschechoslowakei von ihren Staatenverbänden, diesen Eckpfeilern der französischen Aussenpolitik, zu fördern trachten sollte. Dazu käme das konfes-

./.

* Nach dem Inhalt des in Beilage 1 wiedergegebenen Aktenstückes würde in den bezüglichen Besprechungen auch von Bayern und Polen die Rede sein.

Italien verhältnissmäßig nicht nur Niederlande geeignet!

sionelle Moment im Hinblick auf die römisch-katholischen Gebiete Italien, Kroatien, Ungarn, Oesterreich und der Slowakei auf der einen Seite und dem hussitisch-protestantischen, tschechischen und dem griechisch-orthodoxen, serbischen Gebiet auf der anderen Seite. Sodann wird behauptet, dass auch England einen italienischen Machtzuwachs nicht ungerne sehen würde, um ein grösseres Gegengewicht gegenüber dem übermächtigen Frankreich zu schaffen, eine Ansicht, die übrigens mir gegenüber erst heute von dritter, gänzlich unbeteiligter Seite ebenfalls vertreten worden ist. Wie mein Gewährsmann aus französischer Quelle erfahren hat, soll dem ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen in London mitgeteilt worden sein, dass Grossbritannien die italienische Ostpolitik bis auf weiteres unterstütze, um das Gegengewicht zu Frankreich zu verstärken.

Schliesslich verdient besondere Beachtung, dass in dieser Sache die Interessen des Vatikans denjenigen Italiens parallel laufen würden, ein Umstand, der durch die vollzogene Aussöhnung zwischen Quirinal und Heiligem Stuhl wesentlich beeinflusst worden zu sein scheint. So soll, Informationen meines Gewährsmannes aus österreichischer Quelle zufolge, von Grandi selbst die Bemerkung gefallen sein, dass die italienische Ostpolitik seit den Lateranverträgen eine gründliche Aenderung erfahren habe und Mussolini infolge der vom Vatikan ausgehenden Einflüsse einer Thronbesteigung Ottos in Ungarn nicht abgeneigt sei. Schwierigkeiten bereite jedoch das Verhältnis Ungarns zu Rumänien im Hinblick auf Siebenbürgen. Auf alle Fälle müsse Rumänien von der kleinen Entente losgelöst werden, zu welchem Zwecke ein besseres Ein-

Stellung verhältnisslich; nicht zum Niederengpaar geeignet!

vernehmen zwischen Ungarn und Rumänien wünschenswert wäre.

In diesem Zusammenhange sei erwähnt, dass in den Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich eine gewisse Verschlechterung zu konstatieren ist. Aus Gesprächen, die ich mit dem französischen Geschäftsträger bereits vor einiger Zeit zu führen Gelegenheit hatte, erhielt ich den Eindruck, dass der gegenwärtige, österreichische Bundeskanzler in der französischen Gesandtschaft keine übertriebenen Sympathien genießt. Das Abseitsstehen Frankreichs bei der Emission der ersten Tranche der Oesterreichischen Bundesanleihe von 1930 hat zweifellos nicht dazu beigetragen, das Verhältnis herzlicher zu gestalten. Last not least soll sich, wie mir versichert wird, bei der französischen Regierung eine gewisse Empfindlichkeit darüber geltend machen, dass Oesterreich es vorgezogen hat, nicht allein bei Frankreich eine Stütze zu suchen.

Von meinem journalistischen Gewährsmann ist mir vom geheimen Bericht eines italienischen Aristokraten Kenntnis gegeben worden, der verwandtschaftliche Beziehungen zu den sogenannten "Magyaronen" besitzt und im Auftrag eines massgebenden Mitgliedes der donau-föderalistischen Aktion⁺ im Februar dieses Jahres nach Italien gereist ist, um die Quellen der Restaurations- und Revisionsbestrebungen, als deren Zentrum ihm Rom bezeichnet worden war, zu studieren. Dieser Emissär, dessen Namen meinem Gewährsmann bekannt ist, mir gegenüber jedoch verschwiegen wurde, soll von massgebenden Stellen in Rom empfangen und über die Ziele der italienischen Politik eingehend unterrichtet worden sein. Zur Erörterung habe dabei vorwiegend eine engere Verbindung zwischen

*Abend
verhältniss: nicht nur Niedergabe geeignet!*

./.

⁺ einer Persönlichkeit, die gleichzeitig geheime Beziehungen zur Gegenseite unterhält.

Streng vertraulich; nicht zur Niederlegung geeignet!

gewissen, katholischen Staatengebieten und die Bildung einer antibolschewistischen Front gestanden. Bei dieser Gelegenheit soll der Emissär zur Kenntnis von Material gelangt sein, unter dem sich auch ein Uebereinkommen Italiens mit der kroatischen Emigration befindet und das sich auf politische, finanzielle und wirtschaftliche Fragen beziehen soll. Es wird behauptet, dass der unten noch zu erwähnende Dr. Friedrich Wiesner im Besitze dieses Abkommens ist. Angesichts der präzisen Angaben dieses Aktenstückes, sowie als Unterlage für meine vorstehenden Ausführungen habe ich geglaubt, Ihnen dasselbe im Wortlaut zur Kenntnis bringen zu sollen und lasse Ihnen streng vertraulich eine Abschrift davon in der Anlage zugehen, wobei ich von irgendeiner Stellungnahme dazu absehen möchte. ⁺

Zur Illustration der Haltung der offiziellen, italienischen Stellen, namentlich der hiesigen, italienischen Gesandtschaft in dieser Angelegenheit kann ich folgendes aus eigener Wahrnehmung mitteilen:

Bekanntlich soll einer der Führer der kroatischen Emigration, der in Wien lebende Dr. Jellic, welcher sich im August nach Brüssel begeben hatte, um daselbst am Internationalen Studentenkongress teilzunehmen, dort plötzlich verschwunden sein. Die Sache hatte hier beträchtliches Aufsehen zur Folge und der hiesige, jugoslawische Geschäftsträger sah sich veranlasst, in der Wiener "Stunde" eine Erklärung abzugeben, worin es unter anderem heisst, die jugoslawische Gesandtschaft habe in jüngster Zeit fortgesetzt Nachrichten darüber erhalten, "dass Dr. Jellic teils mit den bulgarisch-mazedonischen Banden, teils mit

./.

⁺ Das Original soll sich im Besitz des tschechoslowakischen Innenministers befinden.

Abhang verhältnisslich; nicht nur Niedrigkeit geigneter!

Italien im Einvernehmen stehe " . Ich kam nun zufälligerweise am Abend des Tages, an dem dieses Interview erschienen war, in einem mir befreundeten Hause mit zwei italienischen Journalisten zusammen, von denen bekannt ist, dass sie dem italienischen Gesandten sehr nahe stehen und ständig mit ihm zusammen sind. Einer von diesen fragte mich, kaum dass wir uns begrüsst hatten, sofort, was ich zu der " unerhörten Gaffe " des jugoslawischen Geschäftsträgers gesagt hätte. Eine Erklärung, wie er sie abgegeben habe, übersteige dann doch das Mass des Erlaubten. Wenn sich Italien mit Kroatien abgäbe, würde es dort vorwärts gehen und nicht alles beim alten bleiben etc.etc.-Ich erhielt den bestimmten Eindruck, dass der Italiener sich im Sinne einer ergangenen Weisung so ereiferte und es wollte mir scheinen, er mache von der Sache allzuviel Aufhebens, als dass sie jeglicher Grundlage entbehren dürfte. Offenbar auf Wunsch der italienischen Gesandtschaft liess tags darauf der jugoslawische Geschäftsträger wiederum in der " Stunde " erklären, in sein telefonisch gemachtes Interview habe sich ein Hörfehler eingeschlichen; der oben wiedergegebene Satz habe richtig folgendermassen zu lauten: " Dr. Jellic stand mit den bulgarisch-mazedonischen Banden und mit dem nach Italien geflüchteten Pavelic im Einvernehmen " .--

Ueber die geheime Tätigkeit, die von gewissen Mächten derzeit in Wien entfaltet wird, habe ich folgendes erfahren:

Wie der Wiener Polizeidirektion bekannt ist, weilt hier der italienische Emissär Enrico Gozzi als offizieller Vertrauensmann der Fascisten. In Journalistenkreisen wird er " das Auge Mussolinis " genannt. Die Polizeidirektion

hat auch Kenntnis davon, dass Gozzi unabhängig von der italienischen Gesandtschaft mit der Vermittlung politischer Nachrichten an italienische Dienststellen betraut ist. Ferner führt in Wien der italienische Major Umberto Manfredi, der sich etwa alle 10 Tage nach Italien begeben soll, eine eigene, politische Kanzlei.

Bis zu seiner Verhaftung mit anschliessender Verurteilung erschien, ebenfalls laut Polizeibericht, der ehemalige, slowakische Autonomistenführer und Abgeordnete Prof. Dr. V. Tuka wiederholt in Wien, wo er mit dem unten noch zu nennenden, österreichischen Gesandten a.D. Dr. Friedrich Wiesner, sowie mit einem ungarischen Vertrauensmann Zusammenkünfte pflog. Es scheint, dass man sich auf einen geeigneten Nachfolger noch nicht hat einigen können.

Ueber die Tätigkeit der kroatischen Emigranten besagt ein mir zur Einsichtnahme vorgelegter, vertraulicher Bericht einer hiesigen Behörde, dass, als die jugoslawische Regierung, infolge einer Reihe von Anschlägen, die im vergangenen Jahre verübt wurden, zur Verhaftung kroatischer Nationalisten schritt und verschiedene Verfolgte die Flucht ins Ausland ergriffen, von diesen der vom Belgrader Staatsgerichtshof in contumaciam zum Tode verurteilte Dr. Ante Pavelic zunächst nach Oesterreich kam, von wo er durch Verfügung der Bundespolizeidirektion am 27. Oktober 1929 aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung für ständig ausgewiesen wurde. Pavelic, dessen Beziehungen zu der nationalen revolutionären mazedonischen Bewegung offenkundig waren, ist zwei Tage darauf (angeblich in Begleitung eines österreichischen Priesters und Vertrau-

Sprung verhältnisslich nicht nur Niederengale geeignet!

ensmann des Kardinals Piffl) in die Schweiz abgereist. Von der gleichen Stelle wird darauf verwiesen, dass die Familie des Pavelic ständig auf einem Landgute bei Fiume weile, wo dieser sich wiederholt aufgehalten habe. Sie hält es für wahrscheinlich, dass er bei dieser Gelegenheit mit italienischen Politikern Fühlung genommen habe.- In der Schweiz sollen noch andere kroatische Emigranten arbeiten und zum Teil mit italienischen Pässen versehen sein. Wie mir von privater Seite versichert wird, sollen die Interessen der kroatischen Emigration in Wien vornehmlich von General Sarkotic vertreten werden.

Es kann unter diesen Umständen nicht verwundern, wenn auch die Regierungen der kleinen Entente in Wien besondere Büros unterhalten, um sich über die Tätigkeit Italiens und der " Irredenta " in ihren eigenen Ländern informiert zu halten. So soll die jugoslawische Regierung zu diesem Zwecke in ihrem Gesandtschaftsgebäude eine besondere Kanzlei führen lassen, die von dem ehemaligen bulgarischen Abgeordneten Sawow geleitet werde, der für Jugoslawien optiert hat und sich jetzt Sawowic nennt. Dieser soll zugleich Vertrauensmann des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Udrzal sein.

Die Fäden der legitimistischen Aktion münden angeblich bei dem österreichischen Gesandten a.D. Dr. Friedrich Wiesner, der in jüngster Zeit eine ausserordentliche Aktivität an den Tag legt. Er ist Herausgeber der ungarfreundlichen eingestellten "donauländischen Korrespondenz" und erfreut sich grossen Ansehens im Bundeskanzleramt. Wiesner wurde schon mehrfach als Kandidat für die Leitung des Bundes-

Admiral meines Wissens
nicht

Stellung vornehmlich; nicht für Niedergabe geeignet!

nicht nur
 streng
 verhältniss-
 mässig
 geeignet!

pressediensstes genannt. Er soll Beziehungen nach fünf Richtungen hin pflegen, nämlich nach Ungarn, Kroatien, der Slowakei, Italien und Brüssel (Zita). Er soll ferner ausgezeichnete Verbindungen zur englischen Hocharistokratie besitzen, sowie zur dortigen konservativen Presse und dem Kreis um Rothermere. Obwohl Altbundeskanzler Seipel zu vorsichtig sei, um mit Wiesner direkt zu verkehren, bestehe doch zwischen den beiden eine Verbindung, die durch den Chefredakteur der christlich-sozialen Reichspost, Funder, vermittelt werde. In der Wohnung Wiesner's sollen sehr häufige Konferenzen stattfinden, an denen jeweils 10 bis 15 Personen teilnehmen.-

Zum Schluss noch ein Wort zum gegenwärtigen Stand der Königsfrage in Ungarn. Obwohl von ungarischen Regierungsvertretern immer wieder betont wird, die Königsfrage sei gegenwärtig nicht aktuell und lasse sich, namentlich etwa auf dem Wege eines Putsches, nicht lösen, da Otto (im Gegensatz zu Karl) gekrönt werden müsste, um zur Macht zu gelangen, hat es doch allenthalben Aufsehen erregt, als anlässlich der Feier des St. Stephan's Tages am 20. August abhin, die die ses Jahr mit besonderem Gepränge vorsichtig, sich in Budapest das Gerücht verbreiten konnte, Otto und Zita befänden sich in der Hauptstadt. Besonders merkwürdig berührte dabei, dass die Polizei vom vorgesetzten Ministerium für den Fall, dass sie Otto zu Gesicht bekommen sollte, besondere Weisungen erhielt, sodass der Anschein erweckt wurde, als halte man die Anwesenheit Ottos auch an hohen Regierungsstellen als durchaus möglich. Es verging einige Zeit bis durch die Presse festgestellt werden konnte, dass sich Otto nach wie vor in Steenockerzeel bei seiner Mutter befinde.

Ungeachtet dieser Umstände hiesse es sich taub stellen, wollte man eine gewisse Nervosität unbeachtet lassen, die in den verschiedensten Kreisen im Hinblick auf den kommenden 20. November, an welchem Tage Otto mit 18 Jahren die Grossjährigkeit erlangt, gespürt wird. Es wird behauptet, seine Verlobung mit der jüngsten Tochter des italienischen Königs, Maria, sei beschlossene Sache und mit Italiens Hilfe werde er, vielleicht früher als man glaube, in Budapest eintreffen. Auch mein englischer Kollege, der vor seiner Versetzung nach Wien der englischen Gesandtschaft in Budapest angehörte und die dortigen Verhältnisse genau kennt, scheint einen Versuch in dieser Richtung keineswegs ausserhalb des Bereiches jeder Möglichkeit anzusehen.

*Stellung unverändert!
nicht zum Niedergabe
geeignet!*

Gewisse Schwierigkeiten bestehen offenbar noch durch die wenig freundlichen Beziehungen der Exkaiserin Zita zu Horthy, indem erstere diesen im Hinblick auf Karl als "Königsmörder" bezeichnen soll. Hierüber hat mein oben erwähnter, journalistischer Gewährsmann folgende Informationen erhalten, die er als zuverlässig bezeichnet:

In jüngster Zeit habe der Vatikan die Initiative ergriffen, zwischen Zita und Horthy zu vermitteln. Der Reichsverweser verlange für seinen Rücktritt gewisse Kompensationen, worunter den Herzogstitel und eine materielle Entschädigung. Im übrigen habe Mussolini dem ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen auf die Frage, wie sich Italien zur Ausrufung Ottos zum ungarischen König verhalten würde, geantwortet, dass Otto seinen Segen hätte. Zita habe in Paris erklären lassen, dass das Haus Habsburg im Falle einer Thronbesteigung Ottos auf alle revisionistischen Pläne

*Stellung unverändert!
nicht zum Niedergabe
geeignet!*

nicht nur
 ein
 Restorations
 geignet!
 sehr
 verhängnisvoll!

verzichten und den status quo anerkennen werde. Als letzteres der kleinen Entente bekannt geworden sei, habe diese ihrerseits in Paris die Versicherung abgeben lassen, dass eine Restauration der Habsburger unter allen Umständen den Krieg bedeute.

Erwähnen will ich noch an dieser Stelle, dass der englische Geschäftsträger mir gegenüber der Meinung Ausdruck gab, ein ernsthafter Einspruch Frankreichs gegen eine Thronbesteigung Ottos in Ungarn wäre kaum zu gewärtigen. Der italienische Geschäftsträger, mit dem ich von Washington her in einem freundschaftlichen Verhältnis stehe und mit dem ich dieser Tage längere Zeit zusammen war, gebraucht über den Gegenstand nur die vorsichtigsten Wendungen.

Ich möchte diesen Bericht nicht schliessen ohne nochmals zu betonen, dass die Regierung Schober die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes wünscht, wobei sie bereit ist, Flüchtlingen aus anderen Staaten Asyl zu gewähren, solange sie durch ihr Verhalten den Gaststaat nicht gefährden und das Gastrecht nicht missbrauchen. Dass der österreichische Bundeskanzler von der Loyalität Italiens Oesterreich gegenüber völlig überzeugt ist, steht ausser Zweifel.

Wenn ich etwas ausführlich geworden bin, so geschah es, weil ich es für meine Pflicht erachtet habe, im gegenwärtigen Zeitpunkt, da den Regierungen Europas die Gründung einer Interessengemeinschaft nahegelegt wird, darauf hinzuweisen, dass von gewissen Seiten auch andere Lösungen ins Auge gefasst werden, deren Verwirklichung kaum

- 17 -

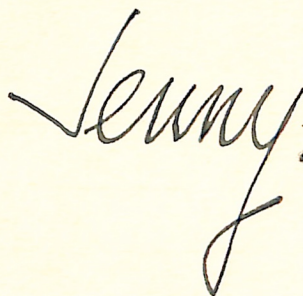
im schweizerischen Interesse gelegen sein dürfte.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Geschäftsträger a.i.:

2 Beilagen.

(nur für 1 Exemplar)



Uebersetzung vom slowakischen Original.

Zwecks Aufnahme näherer Beziehungen und zwecks Studierung der Quellen der Restaurations- und Revisionsgedanken schickte ich einen Vertrauensmann nach Rom, der, selbst adligen, italienischen Blutes, dortselbst gute Verbindungen zu den höchsten Persönlichkeiten hat. Dass die Quellen tatsächlich in Rom zu suchen waren, wussten wir ja auf Grund unserer Erfahrungen in Budapest, in München und in Wien, aus den Reden der Mitglieder des magyaronischen Flügels der slowakischen Volkspartei, auf Grund zahlreicher Reisen in 1928, aus Reden von Jehlicska und Wiesner, aus Bemerkungen Dr. Eckhardt's und des Grafen Perenyi, den Führers der revisionistischen Bewegung in Ungarn. Dort werden auch sämtliche Weisungen für die Hauptführer der kroatischen Emigration gegeben.

Der Vertrauensmann bekam mit gewisser Mühe von Jehlicska ein Empfehlungsschreiben für Dr. Fabio Lanzara /Via Spalanzani 15/. In Budapest holte sich der Vertrauensmann Empfehlungen von Perenyi und Dr. Josef Ajtay für italienische, revisionistische Kreise. Von diesen Briefen brauchte der Vertrauensmann jedoch nicht einmal Gebrauch zu machen, denn im Februar 1930 begegnete er auf einem Unterhaltungsabend bei einer Familie Dr. Frederico Pedace /Viale del Re 55/, der, als er erfuhr, dass der Vertrauensmann ein Slowake war, der angeblich geschickt worden war, namens der Unzufriedenen, hauptsächlich von den Separatisten, sich sofort bereit erklärte, Vermittlungsdienste zu leisten.

Pedace hielt auch Wort, denn zwei Tage später wurde der Vertrauensmann zu Turatti geladen, ^{mit} dem er hauptsächlich über die wirklichen und vermeintlichen Beschwerden sprach, welche die Slowaken in der Oeffentlichkeit sowohl auch wie im Stillen bekunden. Dann wurde geredet über den Separatismus, wobei der Vertrauensmann den Standpunkt

vertrat, die Slowakei solle mit Ungarn verbunden sein, und zwar als autonomes Gebiet. Auf diese Weise würde Italien der Weg durch Kroatien und Magyarien nach Polen offen stehen. Turatti erkannte diesen Standpunkt als richtig an und beauftragte den mitanwesenden Pedace, den Vertrauensmann vorzustellen dem Staatssekretär Lanzara vom Ministerium des Inneren, der dem Vertrauensmann helfen würde mit der Ausarbeitung eines Memorandums für den Ministerrat. Am nächsten Tag wurde der Vertrauensmann seitens Lanzara, teilweise in Gegenwart des Pedace, gründlich informiert über die italienische Politik. Hauptsächlich handelte es sich dabei um eine Verbindung zwischen den katholischen Staaten und die Bildung einer anti-bolschewistischen Front. Das aufgestellte Memorandum enthielt fünf Punkte:

- 1) Italien sollte sich für die Slowakei interessieren, weil sie auf dem Wege nach Polen liege und katholisch sei.
- 2) Ungarn sollte die Weisung bekommen, sich mehr um die Slowakei zu kümmern.
- 3) Italien sollte die slowakische Emigration unterstützen und womöglich einen Vertrauensmann anweisen, um die Verbindungen zwischen Regierung und slowakischer Emigration aufrecht zu erhalten. Dasselbe sollte auch Ungarn tun, das die Slowakei vernachlässige und sich zuviel an Vorkriegsverhältnisse hält, ohne dem neuen Zustand genug Rechnung zu tragen.
- 4 und 5) lauten wörtlich " Le potenze interessate, l'Italia e l'Ungheria, progeramo il necessario ausilio in via non ufficiale, nominando un fiduciario, che tratterá direttamente con me. Il fuoristaticismo slovacco ed il suo capo riconosciuto, si affidano all'assistenza delle sudette Potenze, per il mio tramite e per quello dei singoli fiduciari de esse nominati. "

Dieses Memorandum wurde Turatti persönlich eingehändigt, der versprach, die Sache so bald wie nur möglich in den Ministerrat zu

bringen. Zwei Tage später teilte Turatti dem Vertrauensmann mit, dass Mussolini ihn am nächsten Tage, 15. Februar, in seiner Privatvilla empfangen würde. Lanzara bekam die Weisung, den Vertrauensmann über Details zu informieren und diesem gelang es, in einem Gespräch von drei Stunden so ungefähr alles herauszubekommen, betreffend die Verhandlungen zwischen der kroatischen Emigration und Italien. Als Lanzara einige Male herausging, um sich Stücke zu holen, schrieb der Vertrauensmann einige Stellen wörtlich ab. Das Uebereinkommen bezieht sich auf wirtschaftliche, politische und finanzielle Fragen. In der Einleitung wird gesprochen von der Errichtung einer Alliance und von einem grossen katholischen Block oder Staat. " Constituire l'alleanza della Polonia, Ungheria con Slovacchia, Croazia, Austria e Bavaria compresa l'Italia. Costituzione di un grande stato cattolico con a capo l'Italia, previa completa autonomia dei soli due popoli /Croati a Sloveni/ ora sogretti allo straniero. " Dann ist die Rede von Gebieten in Dalmatien, welche die Kroaten abzutreten hätten im Tausch gegen Landstriche im Wippachtal und in der Nähe von Občins. Festgelegt werden Begünstigungen für Italien auf wirtschaftlichem Gebiet. Es ist die Rede von Unterstützung der Emigration, von der Aufrechterhaltung der Beziehungen auf Analogie, womit auch der Verkehr mit der slowakischen Emigration geregelt werden könnte. Schliesslich wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die gerechte Sache der Slowenen und Kroaten siegen möge. Mussolini wird ihnen helfen " di far risorgere i nostri paesi sulle basi lavoro e della Giustizia sull esempio dell'Italia " .

Die Kroaten verzichten auf ungefähr das ganze dalmatinische Küstenland, zumal im Süden. /Mappen und Karten! /

Nicht lange nach seiner Heimfahrt erhielt der Vertrauensmann einen Brief von Pedace, besagend, dass man die notwendigen Schritte eingeleitet habe, damit Budapest sich mehr für die Sache interessiere. Tatsächlich änderte man in Budapest darauf seine Haltung und wurde auch aufgefordert, sich an den Beratungen zu beteiligen.

bringen. Zwei Tage später teilte Turatti dem Vertrauensmann mit, dass Mussolini ihn am nächsten Tage, 15. Februar, in seiner Privatvilla empfangen würde. Lanzara bekam die Weisung, den Vertrauensmann über Details zu informieren und diesem gelang es, in einem Gespräch von drei Stunden so ungefähr alles herauszubekommen, betreffend die Verhandlungen zwischen der kroatischen Emigration und Italien. Als Lanzara einige Male herausging, um sich Stücke zu holen, schrieb der Vertrauensmann einige Stellen wörtlich ab. Das Uebereinkommen bezieht sich auf wirtschaftliche, politische und finanzielle Fragen. In der Einleitung wird gesprochen von der Errichtung einer Alliance und von einem grossen katholischen Block oder Staat. " Constituire l'alleanza della Polonia, Ungheria con Slovacchia, Croazia, Austria e Bavaria compresa l'Italia. Costituzione di un grande stato cattolico con a capo l'Italia, previa completa autonomia dei soli due popoli /Croati a Sloveni/ ora sogretti allo straniero. " Dann ist die Rede von Gebieten in Dalmatien, welche die Kroaten abzutreten hätten im Tausch gegen Landstriche im Wippachtal und in der Nähe von Občins. Festgelegt werden Begünstigungen für Italien auf wirtschaftlichem Gebiet. Es ist die Rede von Unterstützung der Emigration, von der Aufrechterhaltung der Beziehungen auf Analogie, womit auch der Verkehr mit der slowakischen Emigration geregelt werden könnte. Schliesslich wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die gerechte Sache der Slowenen und Kroaten siegen möge. Mussolini wird ihnen helfen " di far risorgere i nostri paesi sulle basi lavoro e della Giustizia sull esempio dell'Italia " .

Die Kroaten verzichten auf ungefähr das ganze dalmatinische Küstenland, zumal im Süden./Mappen und Karten!/

Nicht lange nach seiner Heimfahrt erhielt der Vertrauensmann einen Brief von Pedace, besagend, dass man die notwendigen Schritte eingeleitet habe, damit Budapest sich mehr für die Sache interessiere. Tatsächlich änderte man in Budapest darauf seine Haltung und wurde auch aufgefordert, sich an den Beratungen zu beteiligen.

Herr Dr. Johann Schober ist 1874 in Perg, Ober-
österreich, geboren. Er studierte die Rechte in Wien und begann
1898 seine Laufbahn im Wiener Polizeipräsidium, zu dessen Prä-
sident er im Dezember 1918 ernannt wurde. Im Juli 1921 wurde
er nach dem Rücktritt des Kabinetts Mayer mit der Regierungs-
bildung betraut und stand 2 1/2 Jahre an der Spitze der öster-
reichischen Regierung. Nach seiner Demission übernahm er wieder
das Polizeipräsidium, dem er ununterbrochen vorstand bis zu
seiner zweiten Ernennung zum Bundeskanzler, im September vori-
gen Jahres, als Nachfolger von Dr. Streeruwitz. Wie bekannt,
besteht das gegenwärtige Kabinett Schober aus einer Koalition
der Christlich-Sozialen, der Grossdeutschen und des Landbundes.

Bern, den 12. September 1930.



Beilage 2

Es handelt sich um den Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung, Friedrich Wlatnig, mit dem die Gesandtschaft vertrauliche Beziehungen unterhält. Der Genannte ist Kärntner und erklärt, als solcher ein besonderes, persönliches Interesse an der Angelegenheit zu haben.

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT IN WIEN

AKTENZEICHEN

P.B.

WIEN, I., SEILERSTÄTTE 3

den 2. Oktober 1930.

Streng vertraulich.

16.10.30. 5.

a.a.

Herr Bundesrat,

Mit Telegrammen vom 26. September, 27. September und 1. Oktober habe ich Sie über die Demission des Kabinetts Schober und über die bedeutendsten damit in Zusammenhang stehenden politischen Neuerungen in Oesterreich orientiert.

Nachdem die neue Regierung gebildet und in Aktion getreten ist, bleibt die Frage abzuklären, warum es eigentlich zum Sturze Schobers gekommen ist.

Die Zeitungen haben viel geschrieben von dem Konflikt zwischen Bundeskanzler Schober und Vizekanzler Vaugoin um die Besetzung der Stelle eines Generaldirektors der österreichischen Bundesbahnen. Der Kandidat Vaugoins war der Vizebürgermeister und Direktor der städtischen Tramways in Graz, Strafella, der als Mann der starken Hand gegen die sozialistische Organisation der Grazer Strassenbahner sich einen gewissen Namen gemacht hat. Seine Eignung für den bedeutenden Posten eines Generaldirektors oder gar Präsidenten der Verwaltungskommission der Bundesbahnen wurde aber von den Fachleuten bestritten, und auch moralisch ging Strafella aus

Herrn Bundesrat M o t t a ,
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements,

./.

B e r n .

- 2 -

einem Prozess gegen die Arbeiterzeitung wegen Häuserspekulationen, etc., nicht einwandfrei hervor. Der ressortmässig zuständige und verantwortliche Minister für Handel und Verkehr, Schuster, wollte von Strafella nichts wissen und gab schliesslich aus Verärgerung gegen Vizekanzler Vaugoin seine Demission. Auch leitende Fachmänner in den Direktionen der Bundesbahnen stellten ihren Weggang in Aussicht, falls man Strafellas Wahl durchzwingen werde. Unter diesen Umständen hielt es Bundeskanzler Schober mit der Kabinettsmehrheit für angezeigt, mindestens zuerst den Entscheid der zweiten Gerichtsinanz abzuwarten, bevor Strafella vom Ministerrat gewählt werden könne. Daraufhin Demission Vaugoins, dem sich aus Solidarität der zweite christlichsoziale Vertreter im Ministerium, Ackerbauminister Fördermayer, anschloss. Da sich die christlichsoziale Partei durch eine besondere Kundgebung hinter Vaugoin gestellt hatte, war das Schicksal des Kabinetts besiegelt und das Ministerium Schober gestürzt. Die Gesamtdemission der Regierung war die Bestätigung der Situation.

Die Affäre Strafella hat aber lediglich den äusseren Anlass geboten zu einer Taktik der christlichsozialen Partei, die von langer Hand her vorbereitet war. Es darf nicht vergessen werden, dass im Frühling 1931 die Amtsdauer des Nationalrates abgelaufen wäre und Neuwahlen hätten stattfinden müssen. Vom parteitaktischen Standpunkt aus ist es erklärlich, dass die grösste Partei des Landes, die christlichsoziale, diesem Datum mit Sorgen entgegenschah

- 3 -

und wünschen musste, die Leitung dieser Wahlen vom Regierungstisch aus und unter Benutzung der damit gegebenen Vorteile zu übernehmen. Je länger der parteilose Schober im Amte sass, je näher die Neuwahlen heranrückten, desto ungeduldiger und unzufriedener zeigte sich die Leitung der christlichsozialen Partei. Anfänglich hatte man sich mit Schober wohl abgefunden. Solange es galt, das Land aus schwierigsten Situationen zu ziehen, Bankkatastrophen, ja den Bürgerkrieg zu vermeiden, die Verfassungsrevision durchzusetzen, da war alles über Schober froh. Auch die heikle Aufgabe der Entlassung Oesterreichs aus den Verpflichtungen der Reparationsschuld und der Beschaffung der Investitionsanleihe hat man gerne von Schober lösen lassen. Als aber die Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, ja der Kredit und das internationale Ansehen Oesterreichs unter dem parteilosen Bundeskanzler sichtlich zunahmen und gediehen, fingen die Parteipolitiker an, sich zu beunruhigen, besorgt zu werden um ihr Prestige bei den Wählern von morgen, neidisch zu sein auf diesen überparteilichen Beamtenkanzler, der nicht einmal Parlamentarier noch Parteipolitiker war und sie alle in den Schatten zu stellen drohte, ja eine Beliebtheit und Popularität zu erreichen anfing, die den höchsten Aspirationen der Parteigrössen gefährlich zu werden schien. Vergessen wir nicht, dass 60 Tage nach den Nationalratswahlen gemäss der revidierten Verfassung ausserdem der Bundespräsident neu zu wählen ist. Dieser Umstand gibt den Schlüssel zum gegenwärtigen und zukünftigen Verhalten der Prominenten im Land, vor allem Seipels, aber auch Schobers, und einiger anderer.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Nationalratswahlen und die ihnen folgende Bundespräsidentenwahl galt es für die landesstärkste, christlichsoziale Partei, das Ruder der Regierungsgewalt in die Hand zu bekommen. Für den christlichsozialen Anwärter auf den Bundespräsidentenstuhl galt es nebenbei, den gefährlichsten Konkurrenten endlich wieder aus der Stellung zu vertreiben, wo er im besten Zug war, sich zum populärsten Mann Oesterreichs zu entwickeln.

Da es den christlichsozialen Parteiführern nicht gelungen war, Schober über eine Sachfrage stolpern zu machen, haben sie es auf anderem Wege versucht. Sie haben sich hinter ihren Parteigänger im Kabinett gemacht, den um wie seine Kritiker behaupten, das österreichische Heerwesen hochverdienten, / von sich etwas eingenommenen Herrn Vaugoin. Die Frage, ob Vaugoin und damit das Militär treu zu Schober halte, war schon Kardinalfrage gewesen in der Zeit, als eine Gefahr des bewaffneten Eingreifens der Heimwehr bestand anlässlich der Verfassungsrevision. Damals ist der Sturz Schobers durch Vaugoins Verhalten verhindert worden. Aber dem psychologischen Scharfblick der Gegner ist diese schwache Stelle des Kabinetts Schober nicht verborgen geblieben. Diesmal wurde Herr Vaugoin aufgereizt: "Du kannst trotz Deiner Vizekanzlerschaft und Deiner Verdienste nicht einmal die Ernennung eines Generaldirektors der Bundesbahnen im Kabinett durchbringen" mag es etwa geheissen haben. Und Hr. Vaugoin ist diesmal auf die Einbläserei eingestiegen und hat sich zum Sturmbock gegen Schober brauchen lassen.

- 5 -

So präsentieren sich nach meinen Beobachtungen die Hintergründe der verflorenen Regierungskrise in Oesterreich.

Ist dieser Aspekt im Ganzen ein wenig erfreulicher, so kann das Land aufatmen im Hinblick darauf, dass in sechs Wochen die Wahlen erledigt sein werden.

Auf Antrag der neuen Regierung, die im Parlament doch keine Mehrheit zur Verfügung gehabt hätte, hat der Bundespräsident den Nationalrat aufgelöst. Die Neuwahlen sind schon auf den 9. November angesetzt worden. Die Vorverlegung der Wahlen wird darum allgemein begrüsst, weil vom Herbst bis zu dem obligatorischen Scrutinium im Frühling doch keine erspriessliche Arbeit im Parlament mehr zu erwarten gewesen wäre, sondern schon alles im Zeichen der Wahlen agitiert und zum Fenster hinausgeredet hätte.

Im Einzelnen haben sich die Dinge so entwickelt, wie ich es als wahrscheinlich sich gestaltend telegraphiert habe. Zwei Fakten sind dabei wohl im Auge zu behalten. Erstens die Sprengung der seit Jahren bestandenen Koalition der bürgerlichen Parteien Oesterreichs (Christlichsoziale, Grossdeutsche und Landbündler) durch Rücktritt der zwei Letztern von der Einheitsliste, und zweitens der Eintritt der Heimwehren in die Regierung. Der oberste Bundesführer Fürst Starhemberg, ein kaum dreissigjähriger junger Mann, übernimmt das Innere und wird Vorgesetzter des Polizeipräsidenten Schober und seiner Polizei- und Gendarmerietruppen. Der Landesführer von Salzburg, ein sonst unbekannter Notar Dr. Hueber in Mattsee, wird Justizminister. Ueber die Besetzung der übrigen Ministerien hat Sie mein Telegramm unterrichtet. Als bedeutendstes Aktivum

- 6 -

des neuen Kabinetts ist die Mitgliedschaft des alt Kanzlers Seipel zu buchen, der das Aussenamt übernimmt und alle Gewähr dafür bietet, dass Oesterreichs Aussenpolitik sich in den erprobten, bisherigen Geleisen absoluter Neutralität weiterbewegen wird.

Ich hatte vorgestern mit dem abtretenden Bundeskanzler eine längere Unterredung. Er hatte die Bitternis seines Sturzes bereits überwunden und machte mir den Eindruck eines Mannes, der sich nun wenigstens daran herzlich freuen kann, dass es ihm möglich wird, sich eine Zeitlang auf sein Landgut in Perg zurückzuziehen, um der Ruhe und Erholung zu pflegen, deren er seit Antritt seines Amtes entbehren musste. In schöner Loyalität gegenüber Seipel hat Schober erklärt, dessen Gegenwart im Kabinett garantiere wenigstens die Innehaltung der Linie in der österreichischen auswärtigen Politik. Ueber seinen Besuch in Bern äusserte sich der Kanzler sehr befriedigt.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte :